

Die Wiener Börsefammer über die künftige Gestaltung unserer Handelsverhältnisse.

Die gestrige Plenarsitzung der Börsefammer wurde von dem Vorsitzenden, Präsidenten Otto v. Seybel, mit folgender Ansprache eröffnet:

Die Ansprache des Präsidenten v. Seybel.

„Unter den vielen Fragen, die der gegenwärtige Krieg aufgerollt hat, betrifft eine der wichtigsten die künftige Gestaltung unserer Handelsverhältnisse. Die Beziehungen zu Ungarn, zu Deutschland und den anderen mit uns verbündeten Staaten greifen so tief in unser Leben ein, daß es vollkommen begreiflich ist, wenn sich alle wirtschaftlichen Verbände und Körperschaften damit beschäftigen und sie von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchten. Die Diskussion, welche anfangs oft unsicher und unklar, zum Teil auch von parteipolitischen Rücksichten beeinflusst war, beginnt allmählich greifbarere Formen anzunehmen und sich immer mehr auf rein sachliche Argumente zu beschränken. Es ist daher nun wohl auch für die Wiener Börsefammer der Moment gekommen, in Wahrung der ihr anvertrauten wichtigen volkswirtschaftlichen Interessen, die sich ebensowohl aus dem Gebiete des Effektenverkehrs, wie auch aus dem des Warenhandels ergeben, ihren Standpunkt der Öffentlichkeit und der Regierung gegenüber zu präzisieren.“

Hierauf wurde nachstehende von dem Präsidium vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Die Resolution.

Der Weltkrieg, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, hat in beiden Reichshälften unserer Monarchie ebenso wie in Deutschland immer deutlicher die Ueberzeugung hervortreten lassen, daß das handelspolitische Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland auf eine neue, breitere und bessere Basis gestellt werden müsse. Nicht nur das Band der Blut- und Waffenbrüderschaft sowie der gemeinsamen militärischen Erfolge bringt diese Notwendigkeit der Allgemeinheit immer lebendiger zum Bewußtsein, sondern auch das Verhalten der feindlichen Staaten, deren Streben, sich auch nach dem Kriege den Zentralmächten als handelspolitische Einheit gegenüberzustellen, mit unverkennbarer Schärfe zu Tage tritt.

Die erste Voraussetzung für die in dieser Richtung mit Deutschland zu pflegenden Verhandlungen ist aber die Festlegung der dauernden Zollgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn. Erst wenn diese gesichert und nicht mehr von den alle zehn Jahre sich erneuernden mühevollen Ausgleichsunterhandlungen bedroht ist, können unsere künftigen Wirtschaftsbeziehungen zum Deutschen Reiche geregelt werden. Da jedoch derzeit die endgiltige Ordnung zahlreicher in den Komplex des Ausgleiches mit Ungarn fallender Materien noch nicht möglich ist, weil sich die durch den Krieg bedingten politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die erst im Friedensschlusse konkreten Ausdruck finden werden, jetzt nicht einmal in ihren beiläufigen Umrißen überblicken lassen, so empfiehlt es sich dringend, die Unterhandlungen mit Ungarn sobald als möglich in Angriff zu nehmen, den Abschluß der detaillierten Ausgleichsvereinbarungen aber einem späteren hoffentlich nicht allzu fernen Zeitpunkte vorzubehalten, in welchem alle einschlägigen Voraussetzungen klar überblickt werden können.

Hiedurch wird sich die Möglichkeit ergeben, den Ausgleich in einer den Lebensinteressen der beiden Reichshälften entsprechenden Weise dauernd zu gestalten und Vereinbarungen mit Deutschland für einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zu treffen, der durch Beziehung anderer Staaten, insbesondere der Balkanländer, zu ergänzen wäre. Ein solcher Zusammenschluß, welcher sich ebensowohl auf die unter sorgfältiger Berücksichtigung der Verschiedenheit der Produktionsbedingungen festzusetzende gegenseitige Begünstigung der beteiligten Staaten untereinander wie auf eine einverständliche Handelspolitik gegenüber dritten Staaten zu erstrecken hat, wird nicht bloß einer vorausblickender Wirtschaftspolitik, sondern auch dem Volksempfinden entsprechen, welches — bei vollster Wahrung der staatlichen Selbständigkeit — die durch den Krieg geschaffenen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge auch über den Krieg hinaus gesichert sehen will.

Diese Resolution wird dem Ministerpräsidenten, dem Finanz- und Handelsminister vorgelegt werden.

Sodann wurde der Budgetentwurf der Kammer pro 1916 genehmigt.

Außerdem wurde beschlossen, dem Ansuchen der seit 10. April 1915 in Liquidation getretenen Brünner Stearinkerzen- und Seifen-Fabrik vormals J. Semmler und S. Frenzel U. G. um Streichung ihrer Aktien im amtlichen Kursbllatte Folge zu geben und die dereinstige Löschung dieser Notiz beim k. k. Finanzministerium zu befürworten.